

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschußbetreuender Fachbereich: Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 15.11.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am 30. Oktober 2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 19:16 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 11.09.2001 - öffentlicher Teil -
673/2001**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NW
676/2001**

6. **Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach**
645/2001

7. **Rahmenplanung Bensberg**
 - Sachstandsbericht / Bestandsanalyse
 - Leitbild
 - Handlungsräume*594/2001*

8. **Gewerbegebiet Spitze**
693/2001

9. **Projekt "Neuer Busbahnhof Bergisch Gladbach Stadtmitte"**
685/2001

10. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH**
652/2001

11. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**
666/2001

12. **Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Stadtmarketing in Bergisch Gladbach**
677/2001

13. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Änderung eines verkaufsoffenen Sonntages im Ortsteil Refrath**
667/2001

14. **Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen
gemäß Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**
503/2001

15. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2001 zum Thema
"Mobilfunk"**
686/2001

16. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlussfähig ist.

Als Grundlage für die Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 17.10.2001 mit den beigefügten Vorlagen,
2. die Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 23.08.2001 zum Frauenförderplan,
3. die Vorlage aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 11.9.2001 zur Rahmenplanung Bensberg.
4. die Vorlage aus der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vom 25.10.2001 zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen-Wirtschaftsförderungsgesellschaft,
5. die Vorlage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) vom 13.9.2001 zur Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Herr Buchholz bittet um Vertagung des Punktes A 7 -Rahmenplanung Bensberg-, da die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Die Angelegenheit solle Gegenstand der kommenden Sitzung des Hauptausschusses am 11.12.2001 sein.

Über die Vertagung besteht Einvernehmen.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 11.09.2001 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert die Durchführung vermerke zu den Punkten 12, 14 und 16 dahingehend, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuß in seiner Sitzung am 25.10.2001 den Beschlußempfehlungen der Verwaltung gefolgt sei. Die Anfrage von Frau Ryborsch zu den Kosten des Hotelgutachtens sei inzwischen beantwortet worden.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

Unter Bezugnahme auf den Durchführungsbericht über die Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 26.6.2001 möchte Herr Waldschmidt wissen, wie viele Anmeldungen für das Schülerticket inzwischen vorliegen.

Herr Becher, Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft, beantwortet dies unter Hinweis auf geplante Vorlagen für die kommenden Sitzungen des Hauptausschusses und des Aufsichtsrates der Stadtverkehrsgesellschaft. In diesen werde er detaillierte Angaben zur Abnahme des Tickets machen. Derzeit habe man 5.984 Anmeldungen. Zusätzlich gebe es etwa 300 Anmeldungen von den Schulen, an denen das Ticket derzeit noch für 39 DM verkaufte werde.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

1. Produktkritik in der Verwaltung -----

Bürgermeisterin Opladen weist auf die derzeit laufende Produktkritik in der Verwaltung hin, die auf eine strukturelle Gesundung des Haushaltes sowie die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes abziele. Zur Besetzung der „Lenkungsgruppe“ lägen ihr inzwischen Namensnennungen der Fraktionen mit Ausnahme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Sie beabsichtige, die „Lenkungsgruppe“ für den 6.11.2001 zur konstituierenden Sitzung zusammenzurufen.

2. Dienstantritt des neuen Leiters der Feuerwehr -----

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, dass Herr Karsten Kroll zum 1.10.2001 seinen Dienst bei der Feuerwehr angetreten habe.

3. Projekte „Gladium“ und „Kaskade“ -----

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, dass sie am 29.10.2001 das Gespräch mit den Investoren der beiden o. g. Projekte geführt habe. Sie habe diesen das Ergebnis der Überprüfung der beiden Standortgutachten durch Dr. Jansen mitgeteilt. Dessen „Stellungnahme zur Stadtverträglichkeit von zwei projektierten Einkaufszentren in der Stadtmitte von Bergisch Gladbach“ sei erst am Nachmittag des 26.10.2001 bei der Verwaltung eingegangen. Sie bietet an, den Fraktionen die Ergebnisse der Stellungnahme schriftlich mitzutei-

len.

Herr Freese möchte wissen, ob Dr. Jansen tatsächlich nur ein Projekt für durchführbar halte.

Herr Buchholz bedauert, dass die Presse bereits vor dem heutigen Termin des Hauptausschusses informiert wurde. Er hält es für sinnvoll, heute eine gestraffte mündliche Information zu geben und nähere Ausführungen den Fraktionen schriftlich zuzuleiten.

Bürgermeisterin Opladen betont, dass die Presse bereits mit Herrn Becker gesprochen hatte, als sie bei ihr vorsprach.

Herr Hoffstadt stellt fest, dass die Stellungnahme von Dr. Jansen nur dann Grundlage des weiteren Verfahrens sein könne, wenn der Hauptausschuß dies akzeptiere.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, dass das Gespräch keine Verhandlung gewesen sei. Den Investoren sei lediglich der Inhalt der Stellungnahme von Dr. Jansen erläutert worden. Die zuständigen politischen Gremien behielten in der Angelegenheit ihre Entscheidungskompetenz.

Dr. Jansen halte unter Würdigung der lokalen und regionalen wirtschaftlichen Gesichtspunkte nur eine Verkaufsfläche von ca. 11.000 Quadratmeter für vertretbar. Da ein Center eine bestimmte Mindestgröße haben müsse, könne nur eines zur Ausführung gelangen. Dieses könne maximal zwei bis drei Verkaufsetagen haben. Darüber hinausgehende Konzepte trügen Vermietungsrisiken in sich und seien wirtschaftlich nicht zuverlässig. Weniger für das Funktionalisieren des Objektes selber als für die Frage, ob es für seine Umgebung positive oder negative Auswirkungen auslöse, sei eine optimale Integration in bestehende Fußgängerströme erforderlich. Die Planungen seien in das städtebauliche Umfeld zu integrieren; d. h. je nach Lage seien vier bis fünf Geschosse vertretbar. Ein ausreichendes Stellplatzangebot, das über den Bedarf des Objektes selbst hinaus konzipiert sein solle, sei notwendig. Bei der Realisierung von Tiefgaragenplätzen im Bereich des Busbahnhofes bestünden deutliche bauliche und zeitliche Risiken, die im Interesse der Gesamtentwicklung der Stadt vermieden werden müssten.

Sie sichert zu, den Fraktionen die Ausführungen von Dr. Jansen umgehend zu übersenden. Unter den genannten Prämissen könne die Verwaltung zum heutigen Zeitpunkt keines der beiden Projekte uneingeschränkt empfehlen. Beide seien auf eine grundlegende Änderung des jeweils gültigen Bebauungsplanes angewiesen, weshalb zunächst von den Investoren eine Überarbeitung der Projekte zu erbitten sei. Sie habe den Investoren unmissverständlich zu verstehen gegeben, daß aus dieser Sicht nur die Realisierung eines Projektes in Betracht komme.

4. Überwachung des Parkplatzes hinter dem Rathaus Stadtmittel

Herr Freese weist auf die seit dem 20.10.2001 bestehende Überwachung des obengenannten Parkplatzes mit einer Videokamera hin. Diese sei auf die Absperrkette des Parkplatzes gerichtet. Er möchte wissen, ob dieses Vorgehen mit der Datenschutzbeauftragten der Stadt abgestimmt wurde. Seiner Auffassung nach sei hierfür eine Genehmigung notwendig. Zusätzlich möchte er wissen, wie teuer die Gesamtanlage sei.

Fachbereichsleiter Martmann möchte die Frage nach dem Datenschutz schriftlich beantworten. Mutwillige Beschädigung früherer Absperranlagen des Parkplatzes hätten zur Installation der Kette geführt. Diese werde jedoch sehr oft nicht wieder in das Schloss eingehängt. Ergebnis sei, daß die Parkberechtigten den Parkplatz sehr oft völlig belegt vorfänden. Die Verwaltung habe zur Lösung der Problematik keine andere Möglichkeit gesehen. Sie beabsichtige, künftig die Personen, die die Kette nicht wieder einhängen, anzusprechen. Hilfe dies nichts, werde der Schlüssel eingezogen.

Herr Freese entgegnet, dass das Schloss der Kette schwergängig sei und die Kette selbst beim Einhängen stark gespannt werden müsse. Dies werde vor allem von den Frauen kritisiert. Er habe den Eindruck, dass sich das Vorgehen der Verwaltung gegen alle Nutzer des Parkplatzes richte.

Unter Hinweis auf die jahrelange Vorgeschichte der Angelegenheit sieht Fachbereichsleiter Martmann keine Alternativen zum derzeitigen Handeln.

Herr Buchholz merkt an, dass der Parkplatz hinter dem Rathaus Stadtmitte das einzige Privileg der Ratsmitglieder darstelle. Bedauerlicherweise verfügten auch ehemalige Stadtverordnete bzw. deren Angehörige über einen Schlüssel für die Kette.

Frau Schneider weist darauf hin, dass der Bewegungsmelder, der die Ausleuchtung des Weges zum Parkplatz steuere, zu spät reagiere.

Herr Jung sieht sich aus gesundheitlichen Gründen nicht immer dazu in der Lage, die Kette nach dem Öffnen wieder aufzuheben und in das Schloss einzuhängen. Sie sei im übrigen eine nur unzureichende Lösung. Es wäre besser gewesen, von vornherein etwas mehr Geld auszugeben und eine optimale Lösung zu installieren.

Herr Neuheuser ergänzt, daß im Ausschuß für die Gleichstellung von Frau und Mann bereits mehrfach über die mangelhafte Ausleuchtung des Parkplatzes gesprochen wurde. Es mute etwas seltsam an, dass nunmehr Geld für eine Videoüberwachung ausgegeben werde, während das Beleuchtungsproblem noch nicht hinreichend gelöst wurde.

Bürgermeisterin Opladen geht davon aus, dass die Videoüberwachung des Parkplatzes frauenfreundlich ist. Im übrigen würden alle offenen Fragen zum Datenschutz schriftlich beantwortet.

5 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NW**

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NW vom 04.10.2001 über die Dienstreisen der stellvertretenden Bürgermeisterin Ingrid Koshofer sowie der Ratsmitglieder Dr. Uwe Kassner und Anna Maria Scheerer in die französische Partnerstadt Joinville-le-Pont in der Zeit vom 26.- 28.10.2001 wird genehmigt.

6 **Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach**

Bürgermeisterin Opladen hält es für sinnvoll, dass der Frauenförderplan durch Gleichstellungsbeauftragte Fahner dem gesamten Rat vorgestellt wird. Sie schlägt daher vor, ihn heute lediglich zu besprechen und Änderungswünsche vorzutragen.

Frau Schneider begrüßt diese Vorgehensweise. Insgesamt sei der Frauenförderplan ein hervorragendes Werk geworden, an dem aus Sicht der SPD-Fraktion lediglich hinsichtlich der Aussagen zu den 630 DM-Tätigkeiten nachgebessert werden müsse. Sie sieht die Stadt Bergisch Gladbach in diesem Bereich in einer Vorreiterrolle.

Herr Buchholz hält diesen Verfahrensvorschlag für gut, wengleich er die Tagungsdauer des Rates verlängere. Sinnvoll sei es aber, bereits heute Kritikpunkte oder Verbesserungsvorschläge anzubringen, damit die Verwaltung diese bereits bis zum Rat berücksichtigen könne. Der Rat solle den Frauenförderplan in jedem Fall verabschieden können.

Herr Hoffstadt möchte wissen, weshalb die Zielquoten so niedrig seien.

Auch Frau Wöber-Servaes begrüßt den Frauenförderplan. Anmerkungen der CDU-Fraktion hätten unter anderen dem zeitlichen Rahmen einer Fortschreibung gegolten. Favorisiert werde ein größeres Zeitintervall. Diskutiert worden sei auch der Inhalt eines Flyers.

Frau Ryborsch lobt die ausgesprochen schnelle Aufstellung des Planes, nachdem das Gleichstellungsgesetz erst kurze Zeit in Kraft sei.

Frau Schneider weist darauf hin, dass die derzeitige Formulierung von 3.6 auf Seite 46 gegen einen Ratsbeschluß stehen könne, nach welchem geringfügige Beschäftigungsverhältnisse möglichst nicht begründet werden sollen.

Gleichstellungsbeauftragte Fahner begründet die niedrigen Zielquoten mit den zu beachtenden Gegebenheiten des Stellenplanes sowie weiteren personellen Rahmenbedingungen. Des weiteren gebe es nichtkalkulierbare

Personalentwicklungen. Aufgrund dessen unterliege nur ein recht geringer Anteil von Stellen der direkten Einflussnahme durch Zielvorgaben. Zu berücksichtigen sei bei den zu erfassenden Stellen auch die Fragestellung, inwieweit realistischerweise die Bewerbung einer Frau möglich ist. So schied z. B. die Leitung der Feuerwehr unter diesem Gesichtspunkt aus.

Einen Widerspruch zum Ratsbeschluß hinsichtlich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (insbesondere im Hinblick auf Reinigungskräfte) sehe sie nicht. Der Reinigungsbereich sei seinerzeit privatisiert worden. Um zu verhindern, dass die beauftragten Reinigungsfirmen vorwiegend mit geringfügig beschäftigtem Personal arbeiten, sei er gefasst worden. 3.6 auf Seite 46 des Frauenförderplanes ziele nicht auf die Umwandlung von festen Stellen in Teilzeitjobs ab, sondern auf eine Regelung von Saisonarbeitsstellen.

Frau Ryborsch möchte wissen, in welchen Bereichen und in welchem Umfang geringfügige Beschäftigungsverhältnisse anfallen könnten.

Herr Freese weist darauf hin, dass diese nur noch im Bereich der Musikschule anfallen.

Fachbereichsleiter Kreilkamp betont, dass es sich um Ausnahmen handeln würde. Da nur Personen mit eigener sozialer Absicherung in Betracht kämen, bestünden keine Bedenken.

Frau Schneider schlägt vor, in 3.6, Satz 2 das Wort „vorrangig“ durch das Wort „es“ zu ersetzen.

Hierüber besteht Einvernehmen.

7 **Rahmenplanung Bensberg**
- Sachstandsbericht / Bestandsanalyse
- Leitbild
- Handlungsräume

Der Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt.

8 **Gewerbegebiet Spitze**

Stadtbaurat Schmickler informiert über die Ergebnisse eines am heutigen Tage bei der Bezirksregierung geführten Gesprächs. Es sei Übereinstimmung erzielt worden, dass die Stadt hinsichtlich der Erschließungsproblematik ihren notwendigen Beitrag geleistet habe. Die Bezirksregierung akzeptiere die Ausführungen des städtischen Gutachtens hinsichtlich der durch das künftige Gewerbegebiet ausgelösten Verkehre. Hiermit im Zusammenhange stehe die vom Hauptausschuss bereits entschiedene Frage, welche Art von Gewerbe künftig in Spitze angesiedelt werde. Noch bestehende Probleme hinsichtlich der Erschließung könnten durch Maßnahmen an der bestehenden Straße gelöst werden. Diese seien allerdings durch das Land als Straßenbaulastträger zu veranlassen. Über das Ergebnis des Gespräches werde die Bezirksregierung die Staatskanzlei in Düsseldorf, die Genehmigungsbehörde für den überarbeiteten Gebietsentwicklungsplan sei, unterrichten. Es bleibe abzuwarten, ob die Staatskanzlei den GEP in diesem Punkt genehmige. Das Land sei in der Pflicht, die Straße entsprechend ihrer überörtlichen Erschließungsfunktion auszubauen.

Frau Ryborsch kritisiert, dass ihrer Fraktion trotz mehrfacher Anfragen bislang keine

Ausfertigung des Gutachtens zur Verfügung gestellt wurde. Das Gutachten hätte spätestens der Vorlage für den heutigen Ausschuß als Anlage beigelegt werden müssen.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, dass das Gutachten aus zwei Teilen bestehe, von deren abschließender Fassung er selbst erst heute Kenntnis erhalten habe. Im wesentlichen befaße es sich mit folgenden Fragen:

1. Welchen Verkehr werde das Gewerbegebiet auslösen, wenn alle Grundstücke vergeben wurden?
2. Wie werde sich dieser Verkehr auf den Straßen, die zum Gewerbegebiet führen, verteilen?
3. Können die auf dem Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach liegenden Knotenpunkte den zusätzlichen Verkehr verkraften?

Er sichert zu, den Fraktionen das Gutachten im Wortlaut zur Verfügung zu stellen. Es habe im übrigen die von der Verwaltung zu der Angelegenheit seit Jahren vertretenen Standpunkte, abgesehen von kleinen Abweichungen, inhaltlich bestätigt.

Herr Dehler möchte wissen, welche Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf der Landstraße angedacht sind.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, dass es sich um ein ganzes Bündel von Maßnahmen handle. Als Beispiel benennt er den frei laufenden Rechtsabbiegeverkehr in Moitzfeld. Hier dränge die Verwaltung den Straßenbaulastträger auf eine Verwirklichung und habe sogar angeboten, die Maßnahme vorzufinanzieren.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9 Projekt "Neuer Busbahnhof - Bergisch Gladbach Stadtmitte"

Herr Buchholz begrüßt die Aussagen der Vorlage. Die CDU-Fraktion beabsichtige, an der bisherigen Planung unverändert festzuhalten. Änderungen oder Umplanungen seien nicht angezeigt, um zugesagte Fördermittel nicht zu gefährden. Es sei wünschenswert, mit den notwendigen baulichen Maßnahmen so rasch wie möglich zu beginnen, um diese nach Möglichkeit früher als bisher angedacht zu beenden. Durch die zu erwartenden Großbaustellen werde das Stadtbild ohnehin zeitweise nachhaltig beeinträchtigt. Dieser Zustand solle nicht länger als unbedingt notwendig anhalten.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß im Parkhaus Nord künftig 730 Parkplätze entfielen. Er möchte wissen, wie dieser Stellplatzverlust aufgefangen werde.

Herr Freese begrüßt die Aussagen der Vorlage. Es sei notwendig, die Stellungnahme von Dr. Jansen zu den beiden Projekten Gladium und Kaskade genau zu prüfen und eine sinnvolle Entscheidung unter stadtgestalterischen Gesichtspunkten zu treffen.

Herr Buchholz bekräftigt, dass die CDU an den Aussagen des Bebauungsplanes für diesen Bereich festhalten wolle. Über die beiden Projekte wolle er erst dann sprechen, wenn die Aussagen der Stellungnahme bekannt seien.

Bürgermeisterin Opladen bedankt sich bei Fachbereichsleiter Martmann und Fachbereichsleiterin Müller-Veit für die erfolgreichen Verhandlungen.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Vorlage zur Kenntnis.

10 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

Herr Kierspel kritisiert den Umfang der Vorlage.

Fachbereichsleiter Steinbach entgegnet, daß dies zur Begründung des Beschlusses notwendig gewesen sei.

Herr Waldschmidt schließt sich dem an.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

Den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH wird zugestimmt.

11 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

Frau Schmidt-Bolzmann lehnte den Beschlussvorschlag ab. Dieser sei ein Ergebnis von Absprachen, die man sich in der heutigen Zeit nicht mehr leisten könne.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat mehrheitlich bei jeweils einer Gegenstimme aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P sowie bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlußempfehlung:**

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH in der vorgelegten Form wird zugestimmt.

2. Der im Rahmen der Euro-Umstellung erforderlichen Stammkapitalerhöhung in Höhe von 229,93 DM bzw. 117,56 Euro wird zugestimmt.

12 Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Stadtmarketing in Bergisch Gladbach

Herr Freese bittet darum, heute lediglich zu beraten und dem Rat keine Beschlussempfehlung zu unterbreiten. Die SPD Fraktion habe noch zusätzlichen Klärungsbedarf und wolle sich externen Sachverstand holen.

Danach erläutert Herr Ferdinand Linzenich seine Vorstellungen zur Verbesserung der

Rahmenbedingungen für das Stadtmarketing. Derzeit stehe das Forum „Stadtmarketing“ im rechtsfreien Raum. Als Kontrollinstanz habe man sich bislang freiwillig des Rechnungsprüfungswesens bedient. Zur Bündelung des bürgerlichen Engagements einerseits und wegen der Möglichkeit einer Entgegennahme von Spendengeldern andererseits habe man sich nunmehr die Rechtsform eines eingetragenen Vereins gegeben. Letztendlich könnten die vielfältigen Aufgaben jedoch nicht ohne die Hilfe der Politik und der Verwaltung bewältigt werden. Insoweit sei er auf einen übergreifenden politischen Konsens bedacht. Zunächst wolle man im Einverständnis mit der Politik an die Öffentlichkeit gehen und Mitglieder werben.

Bürgermeisterin Opladen bedankt sich bei allen im Stadtmarketing ehrenamtlich tätigen Personen für deren Engagement zu Gunsten der Stadt. Der Wunsch nach Unterstützung durch die Stadt sei legitim, weil so auf Dauer stabile Strukturen geschaffen werden könnten.

Mit Blick auf die Haushaltssituation möchte Frau Ryborsch wissen, bis wann die finanziellen Rahmenbedingungen für die zu gründende GmbH geklärt sind. Zudem interessiere sie, ob es in anderen Städten vergleichbare Modelle gebe.

Herr Linzenich betont, daß die Gründung der GmbH nicht in seinem Kompetenzbereich liege, wenngleich er eine solche Maßnahme begrüße. Es gehe nicht darum, Gelder zu erhalten, sondern personelle Unterstützung. Es sei notwendig, dass es jemanden gebe, der die Zuarbeit leiste. Ohne die Unterstützung der Stadt könne der Verein auf Dauer nicht bestehen. Mit Blick auf die für den kommenden Freitag geplante Gala wünsche er auch die Ermächtigung, für den Verein werben zu dürfen.

Frau Schöttler-Fuchs geht davon aus, dass die erbetene personelle Unterstützung etwa den Umfang einer halben Stelle haben werde. Sie spricht sich dafür aus, dass in der Satzung des Vereins die Zusammenarbeit mit der Politik konkretisiert wird.

Herr Linzenich hat keine Bedenken gegen ein Engagement von Personen im Verein, die sich gleichzeitig kommunalpolitisch betätigen. Verhindern wolle man aber, dass der Verein in die Mühlen der Parteipolitik gerate. Mitglied könne ohnehin jeder, der dies wünsche, werden. Eine Mitarbeit im Vorstand sei auch möglich, jedoch nur als Privatperson und nicht als Funktionsträger einer Partei. Es gehe darum, dass der Verein parteiunabhängig agieren könne.

Herr Buchholz bewertet den ersten Punkt des Beschlußvorschlages positiv. Hinsichtlich der Kosten für die GmbH müsse mit Blick auf den kommenden Haushalt eine konkrete Aussage der Verwaltung erfolgen. Diese Prüfung solle so schnell wie möglich vorgenommen werden. Als Gegenleistung für die Unterstützung der Stadt erwarte man eine Information über die Tätigkeit und die Entscheidungen des Vereinsvorstandes. Dies könne z. B. durch eine beratende Beteiligung von Mandatsträgern geschehen.

Herr Linzenich betont, dass der Verein kein Stadtmarketing machen wolle, welches in die Zuständigkeit der Politik falle. Es gehe um die Bearbeitung der Felder, die durch die Stadt nicht abgedeckt werden. Auf der anderen Seite wünsche man eine Legitimation der Politik und deren Einverständnis mit dem geplanten Handeln.

Bürgermeisterin Opladen bittet darum, den Punkt 2 des Beschlußvorschlages als Ar-

beitsauftrag dahingehend zu verstehen, daß zur Prüfung der Voraussetzungen für die Gründung der GmbH die finanziellen Auswirkungen und die Verknüpfung mit einer hauptamtlichen Tätigkeit eines städtischen Bediensteten gehörten.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass die künftige GmbH neben Kosten auch Einnahmen haben könne. Solche seien nicht nur die Einlagen der Gesellschafter, sondern auch Einnahmen aus Veranstaltungen. Er möchte wissen, inwieweit die Verwaltung dies bereits durchdacht habe. Er weist auf ein Gutachten zum Thema hin, wie künftig öffentliches Leben in der Stadt gestaltet werden könne. Dessen Aussagen hätten eine unmittelbare Auswirkung auch auf die Aktivitäten des Vereins. Hierdurch ergebe sich automatisch eine Schnittstelle zur Politik.

Herr Linzenich stellt klar, dass die Gala am kommenden Freitag vom Verein durchgeführt werde. Dieser sei gegründet worden, um Spendengelder entgegenzunehmen und Spendenquittungen hierfür ausstellen zu können. Alleine die Sachkosten für die Veranstaltung lägen bei etwa 40.000 DM. Darüber hinaus werde von zahlreichen Personen unbezahlte ehrenamtliche Arbeit geleistet. Ohne die Unterstützung privater Sponsoren sei die Veranstaltung nicht denkbar. Es sei nicht geplant, die Stadt oder die GmbH mit Kosten hierfür zu belasten.

Hinsichtlich des benannten Gutachtens sei es gerade nicht die Aufgabe des Vereins, Einfluss auf die Gestaltung künftiger Einkaufszentren oder Plätze zu nehmen. Dies stehe alleine der Politik zu.

Bürgermeisterin Opladen hat keine Bedenken, dass in der Gala bereits Werbung für den Verein gemacht werde. Insgesamt sei es gerade mit Blick auf die schwierige wirtschaftliche Situation notwendig, Werbung für ein Stadtmarketing zu machen.

**13 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Änderung eines verkaufsoffenen Sonntages im Ortsteil Refrath**

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

Die erste Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 17.04.2001 wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

14 Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

- 1. Die Satzung über einen Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**
- 2. Dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen wird für das**

Haushaltsjahr 2001 ein Betrag von bis zu 4.000,-- DM für die Entschädigung der Beiratsmitglieder, Sach- und Veranstaltungskosten zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind aus der Haushaltsstelle 1.470.717.1.0 -Zuschüsse sonstige Verbände- zu decken. Für die Folgejahre sind die Mittel jährlich im Rahmen der Haushaltssatzung bereit zu stellen.

15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2001 zum Thema "Mobilfunk"

Frau Ryborsch geht davon aus, dass das Thema die Bürger noch sehr lange beschäftigen werde. Der Antrag ziele darauf ab, in die Problematik mehr Transparenz hineinzubringen. Sie möchte wissen, wann die in der Vorlage benannten Gespräche stattfinden. Sie hält eine Stelle für notwendig, die innerhalb der Verwaltung alle Maßnahmen und Entscheidungen im Hinblick auf Mobilfunk-Sendeanlagen koordiniere. Insgesamt müsse die Verwaltung ihre Vorstellungen zur künftigen Behandlung der Problematik darlegen. Mit der Umsetzung der UMTS-Lizenzen durch die Mobilfunkbetreiber werde sich die Anzahl der Sendemasten nochmals erheblich steigern.

Herr Buchholz weist darauf hin, dass die Problematik mit jedem einzelnen Handy-Benutzer beginne. Es sei Angelegenheit des Bundesgesetzgebers, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Erhöhung der Sicherheitsstandards zu schaffen. Die Stadt habe zwar die Möglichkeit, eigene Grundstücke nicht für die Errichtung von Sendemasten zur Verfügung zu stellen. Allerdings würden die Mobilfunkbetreiber dann nur auf benachbarte, nicht im Eigentum der Stadt stehende Flächen ausweichen.

Vor dem Hintergrund, dass die Auswirkungen der Strahlenbelastung bislang nicht abschließend erforscht seien, plädiert Herr Neuheuser dafür, die Neuerrichtung von Sendemasten im Stadtgebiet eher zu bremsen als zu forcieren.

Herr Freese bittet darum, die Behandlung in der heutigen Sitzung als eine erste Lesung zu betrachten. Er geht davon aus, dass ein gesamteuropäischer Lösungsansatz gefunden werden muss. In anderen Ländern wie z. B. der Schweiz bestünden zum Teil erheblich schärfere Grenzwerte. Er weist darauf hin, dass die CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen eine kleine Anfrage zu diesem Thema gestartet habe. Er empfiehlt, daß die Verwaltung diese und die Antwort der Landesregierung anfordere.

Auch Herr Ziffus hält es für notwendig, die Angelegenheit sorgsam zu beobachten und ggf. lenkend einzugreifen. Die Gefahren einer Strahlenbelastung seien nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Notwendig sei es zudem, daß die Verwaltung Informationen über Standorte von Sendemasten bereithalte und auf Anfrage herausgeben könne.

Herr Hoffstadt möchte wissen, ob die Verwaltung im Angebotsfall das Geschäft mit den Mobilfunkbetreibern machen wolle.

Stadtbaurat Schmickler geht ebenfalls davon aus, dass die Umsetzung der UMTS-Lizenzen eine erhebliche Zunahme der Sendeanlagen bewirken werde. Auch wenn die Mobilfunkbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung geschlossen hätten, stehe der Aspekt der Wirtschaftlichkeit stets im Vordergrund. Es

sei bemerkenswert, dass zumindest zum Teil die gleichen Leute, die sich gegen die Sendeanlagen wandten, ohne Probleme ein Handy nutzten. Dass die Stadt bislang nur von wenigen Sendeanlagen wusste, liege an deren Genehmigungsfreiheit nach der Landesbauordnung. Daher seien die Mobilfunkbetreiber nicht verpflichtet, der Stadt die Standorte mitzuteilen. Unterlägen Sendemasten ausnahmsweise doch einer Genehmigungspflicht, so liege dies nicht an ihrer Sendeleistung, sondern an ihrer Bauhöhe. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens brächten die Mobilfunkbetreiber eine Unbedenklichkeitsbescheinigung hinsichtlich der Strahlenbelastung, so daß dann nur noch die Einhaltung der bauordnungsrechtlichen Vorschriften zu prüfen sei. Planungsrechtlich seien solche Anlagen ohnehin in fast allen Baugebieten uneingeschränkt zulässig. Lediglich für reine Wohngebiete gebe es bislang keine Zulässigkeit, wenngleich es sich aufgrund der Verbreitung von Handys inzwischen aufdränge, Sendemasten als Anlage zur Daseinsfürsorge zu qualifizieren. Dieser Punkt sei juristisch noch zu klären. Inzwischen habe die Stadt die Bauaufsicht zur Koordinationsstelle bestimmt. Zudem sei Kontakt mit den Mobilfunkbetreibern aufgenommen worden. Mit diesen werde in Kürze ein Gespräch geführt. Die Verwaltung arbeite derzeit an einer Vorlage, anhand der die zuständigen Gremien das künftige Verhalten in Bezug auf eine Nutzung städtischer Grundstücke für die Errichtung von Sendeanlagen definieren sollten. Derzeit stünden für städtische Grundstücke keine Genehmigungsverfahren an.

Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Internet-Darstellung sei Angelegenheit der Mobilfunkbetreiber. Nur diese hätten die notwendigen aktuellen Informationen. Hinsichtlich Punkt vier des Antrages habe die Verwaltung nicht die Absicht, mit den Firmen über bereits bestehende Standorte zu verhandeln. Es gehe grundsätzlich um viel Geld, weshalb sich die Grundstückseigentümer eine Einmischung der Stadt verbäten. Ein solcher Auftrag an die Verwaltung sei mit Risiken behaftet und den Interessen der Stadt nicht zuträglich. Jede Einmischung in bestehende private Verträge sei rechtlich unzulässig und löse ggf. Schadensersatzforderungen aus.

Herr Waldschmidt geht davon aus, mit den Mobilfunkbetreibern als Gegenleistung für eine Nutzung städtischer Grundstücke eine Selbstbeschränkung für bestimmte Wohnbereiche vertraglich aushandeln zu können.

Bürgermeisterin Opladen sieht die zuständigen politischen Gremien für eine Grundsatzentscheidung gefordert.

Frau Ryborsch ergänzt, dass auf Bundesebene derzeit an einer Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes gearbeitet werde. Derzeit gebe es nach Informationen aus dem Internet in Bergisch Gladbach 54 Standorte für Sendeanlagen. An bestimmte Gebäudeeigentümer könne man hinsichtlich der Aufstellung von Sendemasten nur einen Appell richten. Sie bittet darum, im Rat über den Ausgang der Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern zu berichten.

Bürgermeisterin Opladen sagt eine Berichterstattung im Rat zu für den Fall, dass das benannte Gespräch geführt wurde.

1. Anfrage zur Bushaltestelle Ball in Herkenrath

Herr Waldschmidt weist auf die Berichterstattung in der Bergischen Landeszeitung vom 28.10.2001 zur o. g. Bushaltestelle hin. Fünf verletzte Kinder zwischen 10 und 13 Jahren bei vier Unfällen und nahezu 110.000 DM volkswirtschaftlicher Gesamtschaden in nur sechs Monaten sei eine Veranlassung, hier möglichst schnell im Rahmen der Gefahrenabwehr tätig zu werden. Ursache für die Unfälle sei offenbar in erster Linie die zu kleine Aufstellfläche. Er fragt an, was die Verwaltung in der Angelegenheit zu unternehmen gedenke.

2. Anfrage zur Frankenforster Str. zwischen Vürfelser Kaule und Brüderstraße

Herr Hoffstadt weist auf Probleme im Bereich der Frankenforster Straße zwischen den Einmündungen Vürfelser Kaule und Brüderstraße hin. Die Markierungen auf der Straße seien inzwischen kaum noch zu erkennen. Parkende Autos und zu schnelles Fahren führten täglich zu gefährlichen Situationen. Er selbst sei kürzlich Zeuge eines Unfalles geworden, in welchem ein PKW auf ein stehendes anderes Fahrzeug aufgefahren sei. Er möchte wissen, wann und wie dort markiert werde und wer hierfür zuständig sei. Sofern die Zuständigkeit nicht bei der Stadt liege, bitte er darum, die Angelegenheit dem Straßenbaulastträger vorzutragen.

3. Anfrage zur Verbesserung der Koordination zwischen den Fachbereichen 6 und 7

-

Herr Dehler weist auf eine offenbar mangelnde Koordination zwischen den Fachbereichen 6 und 7 hin. In einer Straße im Stadtteil Moitzfeld werde derzeit eine bauliche Maßnahme durchgeführt, in deren Zuge auch eine Betonmauer im Straßenbereich errichtet wurde. Während benachbarte Grundstückseigentümer für die Durchführung der eigenen Baumaßnahme Straßenland hätten abtreten müssen, sei dies im Rahmen der aktuellen Baumaßnahme offensichtlich unterblieben. Seine Nachfrage bei der Verwaltung habe zunächst ergeben, dass der Bauherr sich gegen eine Abgabe von Straßenland gewehrt habe. Dies sei vom Bauherrn selbst jedoch nicht bestätigt worden. Dieser wäre nach eigener Aussage hierzu bereit gewesen, wenn man ihm das Versetzen seines Baukörpers in den rückwärtigen Grundstücksbereich gestattet hätte.

4. Anfrage zur Zahlung der Stromgebühren für Sozialhilfeempfänger

Herr Jung weist auf Probleme der BELKAW GmbH im Zusammenhang mit der Abbuchung von Stromabschlägen für den Monat September hin. Aufgrund eines Computerfehlers habe diese Abbuchung nicht erfolgen können. Die

Strombezieher seien hierüber durch eine kurze Mitteilung informiert worden. Die BELKAW habe angekündigt, den Betrag für September nunmehr im November zusammen mit dem Oktober-Abschlag abzubuchen.

Er möchte wissen, wie sich diese Problematik auf die Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt auswirke. Einige Hilfeempfänger würden voraussichtlich den nicht abgebuchten Betrag für andere Ausgaben verwenden und aufgrund dessen im November mit der doppelten Belastung konfrontiert. Er fragt an, wie sich Fachbereich 5 gegenüber den Hilfeempfängern verhalte, die den Abschlag für September dann nicht mehr zur Verfügung haben.

5. Anfrage zur Gewerbesteuerentwicklung

Herr Ziffus weist unter Bezugnahme auf Unterlagen zum Kommunalen Ausschuß für Finanzen und Wirtschaft des Städte- und Gemeindebundes darauf hin, daß für den Rheinisch-Bergischen Kreis mit Stand Mitte 2001 für das Jahr 2001 Gewerbesteuermindereinnahmen in Höhe von 19,2% erwartet würden. Damit sei der Kreis im Vergleich zu anderen Kreisen das absolute Schlusslicht. Lediglich der Kreis Höxter sei mit 18,99 Prozent noch etwa vergleichbar. Er fragt an, ob die Verwaltung die Gründe benennen könne, warum die hiesige Region in dieser Hinsicht so schlecht dastehe.

6. Anfrage zur Ausstattung der Feuerwehr mit Meßcontainern

Herr Ziffus weist auf die Berichterstattung im Kölner Stadtanzeiger vom 27.10.2001 hinsichtlich der Ausstattung von Feuerwehren mit Containern zum Messen von atomaren und chemischen Kampfstoffen hin. Von diesen Containern sollten 344 Stück hergestellt werden. Er möchte wissen, ob die Bergisch Gladbacher Feuerwehr bereits über einen solchen Container verfüge oder ob der Erwerb geplant sei

Alle Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.